

# Weitere Mieterhöhung soll verhindert werden

## Bürgermeister plädiert für engeres Miteinander

**Beeskow** Im Kiefernweg muß was passieren. Die Wohnungssubstanz ist so schlecht, daß man eine Sanierung nicht weiter hinauszögern kann. Das wäre Druck von der einen Seite. Der andere ist rein ökonomischer Natur. Die Stadt hat zwar Fördermittel für mehr Wohnungen als die im Kiefernweg 14 bis 18 beantragt, jedoch nur eine begrenzte Summe bewilligt bekommen. Die nicht in Anspruch zu nehmen, hieße große Möglichkeiten zu verschenken, zumal mit jedem Jahr nach 92 das Bauen immer teurer wird.

Soweit die Meinung von Bürgermeister Fritz Taschenberger zu einem Artikel am 27. August im Spree-Journal (Seite 11). Er hält es auch für nicht angebracht, den Vorstellungen des Vorsitzenden des Mietervereins Dr. Martens – dieser plädierte dafür, das Vorhaben solange zu verschieben, bis Fördermittel für alles da sind – zu folgen. Er gab zu verstehen, daß aber im Kiefernweg in naher Zukunft weiter gebaut werden wird. Der Bürgermeister vertritt die Auffassung, daß es besser wäre, miteinander zu reden. Wenn der Prophet nicht zum Berg ginge, könnte es ja auch mal umgekehrt sein.

Dieser Tage hat sich auch die Beeskower Wohnungsbau- und Verwaltungs GmbH mit einem Schreiben an die Mieter gewandt. Betreffs der 1 000 DM Aufwandsentschädigung für Renovierung der Wohnungen nach der erfolgten Sanierung wird zum Ausdruck gebracht, daß die bauausführende Firma besagte Summe für ausreichend hält. Gleichzeitig werden die Mieter von Hausnummer 14 bis 18 gebeten, sich nur noch einen beschränkten Vorrat an Kohle zu halten. Mit Eintritt der eigentlich kalten Jahreszeit wird man mit der Bauerei fertig sein. Alle

anderen sollten sich mehr Kohlen einkellern.

In dem Schreiben wird auch auf die Miethöhe Bezug genommen und die Steigerung als sehr hoch eingestuft. Bei nicht wenigen Mietern hinterließ, trotz Zusagen seitens der Wohnungsbaugesellschaft – ausgesprochen vom Bürgermeister – eine Einwohnerversammlung Fragen und Unsicherheit. Sie wendeten sich sowohl an den Mieterverein, als auch an das Spree-Journal. Dieses wiederum führte nun ein Gespräch mit Herrn Wolter, Geschäftsführer i.V. der Wohnungsbaugesellschaft.

Er vertritt den Standpunkt, daß es nun mit der Mietsteigerung genug sein müsse. „Weil das politisch nicht vertretbar ist. Solange ich was zu sagen habe, wird keine weitere Steigerung als die mit der Umlage im Zusammenhang stehende vorgenommen.“ Soweit Wolter.

Das städtische Unternehmen müsse natürlich auch rechnen. Es wolle sich nicht selbst mit Mieten sanieren und auf Kosten der Mieter reich werden. Doch müsse stets darauf geachtet werden, daß Ausgaben und Einnahmen in der Waage bleiben. Sackt es jedoch ins Bodenlose, wird es ein Zuschußunternehmen, käme man generell nicht herum anzuwenden, was das Gesetz ab 1. Januar 93 an Mietsteigerung einräumt. Und das ist ein Draufschlag bis zwei Mark je Quadratmeter. Dann jedoch stehe jedem das Recht zu, einen Antrag auf Wohngeldzuschuß zu stellen. Seinem Nachfolger werde Wolter aber wärmstens ans Herz legen, mit diesem sehr sensiblen Thema sehr sensibel umzugehen. Eine Garantie dafür einzufrieren, was ab Oktober dieses Jahres für den Kiefernweg gelten soll, gibt es aber nicht.

S. NÖLTING